



VON EIKE WIENBARG

Stuhr. Die Kommunale Wärmeplanung ist eines der großen Projekte, die derzeit in Stuhr laufen. Bei verschiedenen Treffen haben sich Politik, Verwaltung und Firmen bisher ausgetauscht. Am Mittwoch wurde nun der Zwischenstand auch der Bevölkerung vorgestellt. Und bei den mehr als 60 Anwesenden gab es Redebedarf.

Was sind die Hintergründe der Wärmeplanung?

Die Hintergründe der Wärmeplanung stellte Lucas Bender von IP Syscon vor. Die Firma wurde von der Gemeinde beauftragt. „Der Wärmeplan ist der erste Schritt zur vollständigen Wärmewende“, sagte er. Ziel sei, die Wärmeversorgung ohne den Ausstoß von Treibhausgasen zu ermöglichen. Das Land Niedersachsen strebt bis 2040 die Klimaneutralität an, der Bund bis 2045. Laut dem Niedersächsischen Klimaschutzgesetz sind alle Ober- und Mittelzentren – wie Stuhr – verpflichtet, bis Ende des Jahres 2026 einen Wärmeplan aufzustellen. Das geschehe zum einen mit Blick auf die Klimakrise. Aber auch die „Unsicherheit“ der fossilen Energieträger wie Öl und Gas stehe im Fokus. So sind diese begrenzt und wie im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu beobachten sei, auch nicht so preisstabil, wie Bender erläuterte. Hinzu komme die zukünftig steigende CO₂-Bepreisung. „Die Emissionen werden in Zu-



Lucas Bender (links) und Jörg Krywkow gaben ei

kunft immer teurer“, sagte er. Ziel der Wärmeplanung sei auch die „langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Kosten“. Aktuell verursache die Wärmeerzeugung in Stuhr im Jahr rund 100.000 Tonnen CO₂. Das entspricht etwa drei Tonnen CO₂ pro Einwohner, sagte er.

Die Wärmeplanung sei ein Werkzeug, um das langfristige Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Bender bezeichnete sie auch als „Chance, die Herausforderung anzugehen“. Mit der Wärmeplanung könnten Alternativen aufgezeigt werden – vor allem mit Blick auf erneuerbare Energien. Zum anderen könnten die Versorgungssicherheit, die langfristige Planung und die lokale Wertschöpfung gestärkt werden, da die erneuerbaren Energien auch lokal produziert und eingesetzt werden können.

Bender betonte auch, dass die Wärmeplanung eine „strategische, aber keine Detailplanung“ sei. So würde nicht jedes Haus einzeln bewertet. Die Planung solle einen Überblick über das Gesamtgebiet geben, um daraus mögliche Schritte ableiten zu können. Es würden sich aber keine „konkreten Handlungspflichten“ für die Bevölkerung ergeben. Auch habe die Wärmeplanung keine Auswirkung auf das Gebäudeenergiegesetz.

Was wurde bisher gemacht?

Am Anfang stand laut Bender die Bestandsanalyse: Welche Gebäude gibt es? Wie werden sie beheizt? Wo gibt es bereits Wärmenetze und erneuerbare Energien? Wo gibt es Potenziale? Informationen über Heizungsanlagen und Verbräuche gab es von Schornsteinfegern und Netzbetreibern. Diese Erkenntnisse wurden zusammengefasst, sodass kein Rückschluss auf einzelne Gebäude möglich ist. Daraus wurden Potenziale und Empfehlungen abgeleitet.

Was sind die Ergebnisse?

Rund 50 Prozent der Stuhrer Gebäude sind vor 1978 und damit vor der ersten Wärmeschutzverordnung, die Gebäudestandards festlegte, errichtet worden. Das zeige ein „hohes Sanierungspotenzial“, so Bender. Vor allem in Ortskernen fänden sich ältere Gebäude, in Randbereichen eher die Neubaugebiete. Dadurch sei zu erkennen, wo mögliche Sanierungsgebiete oder Wärmenetze entstehen könnten.

Etwa 68 Prozent der Heizungen werden derzeit mit Erdgas betrieben, 15 Prozent mit Heizöl. Sechs Prozent sind an Wärmenetze angeschlossen, fünf Prozent heizen mit Biomasse und nur vier Prozent mit Strom. Rund

ein Drittel der Heizungen ist bereits älter als 20 Jahre, ein weiteres Drittel ist zwischen zehn und 20 Jahren alt. Es bestehe ein großes Potenzial im Austausch der alten Heizungen, so Bender.

Aus diesen Daten konnte die sogenannte Wärmedichte als eine der „wichtigsten Informationen“ abgeleitet werden. Diese helfe dabei, zu erkennen, welche Gebiete sich für Wärmenetze anbieten würden. Je kompakter ein Wärmenetz ist, desto wirtschaftlicher sei ein Ausbau. Die Wärmedichte gibt an, wie viel Energie auf einer Fläche benötigt wird.

Welche Potenziale wurden in den Blick genommen?

Im Zentrum standen die Nutzung von Biomasse, Geothermie, also die Nutzung von Erdwärme durch Kollektoranlagen oder Sonden, Umweltwärme von Oberflächengewässern wie der Ochtum, des Abwassers und der Luft, Solarthermie, Abwärme zum Beispiel von Unternehmen und erneuerbaren Energien. „Wir müssen davon ausgehen, dass ein Großteil der Wärmeproduktion mit Wärmepumpen umgesetzt wird“, sagte Bender. Dazu müssten die lokalen Stromquellen ausgebaut werden. Die Ergebnisse sollen digital



FOTO: MICHAEL GALIAN

zur Verfügung gestellt werden, versprach er. Dabei könne zum Beispiel erkannt werden, ob ein Grundstück für Geothermie geeignet ist. So sollen die Daten einen Überblick über die Potenziale für Eigentümer und Investoren bieten, ergänzte Jörg Krywkow vom Planungsbüro EKP, das in die Wärmeplanung miteinbezogen ist. „Wir zeigen, was technisch möglich wäre. Danach muss man gucken. Die Wärmeplanung ist kein Zwang“, sagte er.

Welche Lösungen sehen die Experten?

Einer der wichtigsten Punkte sei die Sanierungsrate, sagte Krywkow. Diese Rate liege aktuell bei 0,7 Prozent jährlich, was nicht besonders hoch sei. Die Sanierung könne vor allem durch Förderprogramme erhöht werden. Gleichzeitig müsse eine „gute Balance“ zwischen Energieerzeugung und -verbrauch gefunden werden. Auch eine optimierte Energiesteuerung könne viel Geld sparen. Die Kommune sei zwar der Ansprechpartner für die Wärmeplanung, aber „nicht der Investor für alles“, so Krywkow. Die Wärmeplanung soll vor allem die Eigeninitiative von Privathaushalten und Firmen fördern. Die Daten könnten auch in die Bauleitplanung einfließen. „Es gab noch nie so viele Möglich-

keiten, sich mit Wärme versorgen zu lassen. Stellen Sie um, es gibt Fördermöglichkeiten, lassen Sie sich gut beraten. Sie werden auf jeden Fall Kosten sparen gegenüber Gas und Öl“, sagte Krywkow.

Was interessierte die Anwesenden?

Eine Einwohnerin wollte wissen, was die Netzbetreiber mit ihren Gasnetzen machen. Auch die Betreiber müssten dekarbonisieren und Transformationspläne aufstellen, sagten die Experten. Gleichzeitig müssten sie aber auch die Versorgungssicherheit sichern. Die Kosten dafür könnten aber an die Nutzer weitergegeben werden, vermutete Bender. Ab 2045 dürften keine fossilen Energieträger mehr genutzt werden. „Die Betreiber von Netzen machen sich sehr große Gedanken, wie das vonstatten gehen kann“, so Krywkow. Die Netzbetreiber sind auch in die Wärmeplanung miteingebunden. Stuhrs Wirtschaftsförderer Peer Beyersdorff vermutete, dass es einen Wechsel von Gasnetz- zu Stromnetzbetreibern geben könnte.

Ein Einwohner erkundigte sich, wie zum Beispiel dicht bebaute Straßenzüge mit Heizzentrale für mehrere Häuser mit einer Wärmepumpe versorgt werden könnten. „Es gibt keine Standardlösung. Jedes Haus muss individuell betrachtet werden“, sagte Krywkow, und Stuhrs Klimaschutzmanagerin Evelyn Brudler ergänzte, dass die Gemeinde Heizgemeinschaften mit Informationen unterstützen kann.

Eine weitere Einwohnerin wollte wissen, ob die Gemeinde Planungen für eine mögliche Großwärmepumpe wie im dänischen Aalborg habe. Peer Beyersdorff verneinte das. Jeder Einzelne sei aufgefordert, sein Haus zu dämmen und sich rechtzeitig mit der Wärmeversorgung zu beschäftigen.

Außerdem wurde befürchtet, dass das Stromnetz durch die zusätzlichen Anforderungen an die Kapazitätsgrenze kommen könnte. Die Netzbetreiber würden den Ausbau des Stromnetzes für unproblematisch halten, sagte Beyersdorff.

Welche Fördermöglichkeiten gibt es?

Ulrich Schachtschneider von der Verbraucherzentrale Niedersachsen berichtete, dass es für viele Vorhaben Fördergelder gebe – sowohl für die Dämmung, die Anlagentechnik als auch den Heizungstausch. „Das Gebäudeenergiegesetz ist technologieoffen“, betonte er. Beratung böten etwa die Verbraucherzentrale oder freie Energieberater. Die Verbraucherzentrale ist telefonisch unter 08 00 / 8.09.80 24 00 oder 05 11 / 91 19 60 zu erreichen, eine Liste mit Energieberatern gibt es online unter www.energie-effizienz-experten.de.